

Jugend- und Familienpolitik als Netzwerk vor Ort

Politische Aspekte

Kommunen konkurrieren zunehmend um Familien und deren Potenzial, denn diese sind u.a. Kunden, Fachkräfte und Basis einer stabilen Solidargemeinschaft. Deswegen ist die Jugend- und Familienpolitik ein wichtiges Politikfeld. Leider gerät sie oft aus dem Blick der Verantwortlichen. Das sollte uns in Burgdorf nicht passieren.

In der Debatte um die Kosten für die Jugendhilfe geht es nur vordergründig um das Jugendamt. Im Kern geht es um die Stadt als örtlicher Träger der Jugendhilfe. Es ist diese Trägerschaft, die u.a. die Errichtung eines Jugendamtes vorschreibt.

Das Burgdorfer Jugendamt ist eine der städtischen Einrichtungen mit den meisten persönlichen Kontakten, besonders zu jungen Menschen und Familien. Die aktive Jugendhilfe ist ein Garant für Bürgernähe. Burgdorf hat sich öffentlich bekannt, eine kinderfreundliche Kommune zu werden. Ohne eine wirksame Jugendpolitik ist dies nicht zu erreichen.

Das Jugendamt als Anwalt notleidender Kinder ist eine bekannte Größe. Es ist jedoch auch Vermittler zwischen den vielen Institutionen, die auf die Jugend- und Familienpolitik einwirken, seien es z.B. politische Gremien, staatliche Einrichtungen oder andere Abteilungen der Stadtverwaltung. Es ist kein Modul der Verwaltung, das ein- und ausgebaut werden kann. Es wirkt vielmehr als Netzwerk, das alle Akteure zuverlässig miteinander verbindet. Es ist nicht nur für die Notleidenden da, sondern für alle Familien und junge

Menschen, die Rat suchen oder nur sicher gehen wollen, auch künftig in Burgdorf gut aufgehoben zu sein.

Was das eigene Jugendamt seit 1948 für Burgdorf tut, ist belegt. Nicht zuletzt deswegen werden die Kosten bis zu 80% ausgeglichen. Ob eine andere Einrichtung dieses Niveau erreichen kann, ist ungewiss. Dies gilt gleichfalls für die finanziellen, strukturellen und sozialen Folgen.

Entscheidungen zur Jugendpolitik sind folgenschwerer als mancher meint und verlangen eine sorgfältige Abwägung. Dazu gehört selbstredend auch der öffentliche Diskurs. Wie Burgdorf seine Trägerschaft für die Jugendhilfe ausübt, ist zuerst eine politische und erst danach eine finanzielle Frage.

Rechtliche Aspekte

Bei der Gründung der Region blieb Burgdorf weiterhin örtlicher Träger der Jugendhilfe, da es diese Aufgaben bereits zuvor erfüllte (Nds. AG SGB VIII). Hierzu bedurfte es keiner besonderen Vereinbarung. Das zuständige Ministerium kann aber die Bestimmung zum örtlichen Träger zurückzunehmen, wenn die Gemeinde dies beantragt. Zuvor bedarf es eines Beschlusses der Ratsversammlung.

Das Ministerium wird dem Antrag nur zustimmen, wenn geklärt ist, wer die gesetzlichen Pflichten übernehmen wird, z.B. die Region Hannover.

Zugleich legt §71 SGB VIII dem Rat der Stadt auf, den Jugendhilfeausschuss anzuhören, bevor die Ratsversammlung Beschlüsse fasst, die die Angelegenheiten der Jugendhilfe betreffen. Daher gehört in Burgdorf der o.g. Diskurs vornehmlich in den Ausschuss für Jugendhilfe und Familie.

Öffentliche Wahrnehmung

Die Trägerschaft der Jugendhilfe symbolisiert die Fähigkeit einer Gemeinde zur grundlegenden Daseinsvorsorge. Sich diese Kompetenz selbst abzusprechen, ist ein politisches Alarmsignal. Es stellt sich automatisch die Frage, welche politische Aufgabe man als nächstes abgeben wird.

Szenario einer Jugendhilfestation in Burgdorf

Die Region Hannover unterhält den Fachbereich Jugend mit ca. 320 Fachkräften für ca. 451.000 Menschen. Beschäftigte in der Fachberatung und Jugendverwaltung arbeiten zumeist in Hannover. Vor Ort in den Gemeinden der Region sind Jugendhilfestationen eingerichtet. Dort sind zumeist Fachkräfte des Allgemeinen Sozialen Dienstes tätig. Aktuell gibt es 6 Jugendhilfestationen und weitere 11 Außenstellen.

Nur Garbsen (60.700 Einwohner) hat eine eigene Jugendhilfestation. Kleinere Gemeinden müssen sich eine Jugendhilfestation mit ihren Nachbarn teilen.

Sollte die Region die Trägerschaft übernehmen, wird Burgdorf kaum eine exklusive Jugendhilfestation erhalten. Auch ist unwahrscheinlich, dass alle Burgdorfer Fachkräfte (> 20) vor Ort bleiben, sofern sie überhaupt zur Region Hannover wechseln würden. Viele begonnene und bewährte Projekte hätten nur eine Restlaufzeit.

Jugendarbeit nah dran

Für eine eigenständige Kinder-, Jugend- und Familienpolitik ist der Status als öffentlicher Träger der Jugendhilfe notwendig, da nur so der Kostenausgleich gewährt wird. Freiwillige Leistungen können passgenau entwickelt und somit

wirtschaftlich integriert werden. So kann Burgdorf allen jungen Menschen und Familien qualifizierte Angebote unterbreiten.

Jede Schmälerung der Jugendhilfe träge die Schwächsten. Ein Beispiel: Die Zahl der Kindeswohlgefährdungen steigt in Deutschland stetig an. Die Folgen sind monetär nur schwer zu beziffern, liegen jedoch auf der Hand: Verzweiflung, Armut, Kriminalität. Die daraus resultierende Staatsverdrossenheit würde Protestparteien und Populisten beflügeln. Dem kann nur aktiv vor Ort begegnet werden, durch eine ganzheitliche, lebendige Jugendhilfe wie sie derzeit in Burgdorf erfolgt. Erfahrung und genaue Kenntnis der Lebensumstände, regelmäßige Begegnungen und stabile Netzwerke sind die Basis für eine erfolgreiche Jugendhilfe.

Genauso bedeutend ist die Befugnis, Entscheidungen kompetent und rasch treffen zu können. Eine räumliche Trennung des Allgemeinen Sozialen Dienstes von der Jugendverwaltung und anderen Elementen der Jugendhilfe, wie es der Fachbereich Jugend der Region Hannover vorsieht, kann dies nicht im gleichen Maß gewährleisten.

Wer sich an das Burgdorfer Jugendamt wendet, schätzt dessen Nähe und Überschaubarkeit, was Vertrauen vermittelt. Ein fernes Amt in einer Großstadt mit bis zu sechs verschiedenen Anlaufstellen wirkt dagegen wenig einladend. Für den Fachbereich in Hannover wird es nicht möglich sein, jene Nähe zu erreichen, wie sie es derzeit in Burgdorf gibt.

Durch das Auflösen oder Aufweichen gewachsener Strukturen der Burgdorfer Jugendhilfe würde wertvolles und mühevoll aufgebautes Vertrauen verspielt.

Ob dies jemals wieder aufgebaut werden kann, ist im hohen Maße unwahrscheinlich.

Sämtliche Argumente für eine Änderung bisheriger Strukturen bergen erhebliche Unsicherheiten. Fehler in der Jugendhilfe von heute bedeuten jedoch bittere Folgen für das Burgdorf von morgen.

Überzeugungen der SPD

„Solidarität, Zusammenhalt, Menschlichkeit“ sind Begriffe, die sich in allen Programmen der SPD wiederfinden. Der Einsatz für die Schwachen unserer Gesellschaft ist Teil der DNA der Partei. Das Engagement zum Wohl junger Menschen gehört zweifellos dazu. Dies zu gefährden, widerspricht der Grundhaltung der SPD. Trotz aller Sorge um die kommunalen Finanzen dürfen es nicht Kinder, Jugendliche und Familien sein, die den Preis für die Konsolidierung des Haushalts bezahlen.

Fazit

„Örtlicher Träger der Jugendhilfe“ ist der Schlüsselbegriff. Wer die Trägerschaft aufgibt, beraubt sich dauerhaft fast aller Optionen zur Gestaltung der Jugend- und Familienpolitik. Dabei ist es fast einerlei, ob man die Trägerschaft formal abgibt oder die Jugendhilfe so stark beschneidet, dass sie wirkungslos wird. Ohne eine gründliche Erörterung der Folgen ist die Einschränkung der Jugendhilfe ein schwerer politischer Fehler.